

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Horst Niggemeier MdB zum Bonner Klage-Verzicht gegen die kohlepolitischen Entscheidungen der EG-Kommission: Der energiepolitischen Handlungsfreiheit selbst beraubt.
Seite 1

Wolfgang Sieler MdB zum Ergebnis von Regionalkonferenzen der SPD und des DGB: Bayerische Gewerkschafter und SPD wenden sich gegen Rentenreformkompromiß.
Seite 3

Rolf Hofmann zur Aufgabe von SPD und Gewerkschaften, das Übel an der Wurzel zu packen: Gemeinsam gegen den Rechtsradikalismus vorgehen.
Seite 4

Dokumentation

Zur Frage des „Teilens“ sprach der Bundesvorsitzende der SPD-Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Rudolf Dreßler, vor der Bundeskonferenz der Falken in Darmstadt. Auszüge
Seite 6

44. Jahrgang / 86

8. Mai 1989

Der energiepolitischen Handlungsfreiheit selbst beraubt

Zum Bonner Klage-Verzicht gegen die kohlepolitischen Entscheidungen der EG-Kommission

Von Horst Niggemeier MdB

Über dem Bonner Kanzleramt mußte am 9. Mai die Bundesflagge eingeholt und die weiße Flagge der kohlepolitischen Kapitulation gehißt werden. Damit würde auch symbolisch zum Ausdruck gebracht, was sich faktisch an diesem Tage ereignet hat: Bundeskanzler Kohl und seine Koalitionsregierung haben darauf verzichtet, die am 9. Mai ablaufende Frist zu nutzen, um beim Europäischen Gerichtshof Anfechtungsklage gegen die kohlepolitischen Entscheidungen der EG-Kommission zu erheben.

Der Hintergrund dieses Vorgangs stellt sich in verkürzter Form so dar:

Die EG-Kommission hat der Bundesregierung mit Entscheidung vom 30. März 1989 mitgeteilt, daß die der Erhebung des „Kohlepfennigs“ zugrundeliegenden Maßnahmen für die Jahre 1987/88 zwar genehmigt seien, aber bis zum 30. September 1989 von Bonn ein Programm in Brüssel vorgelegt werden müsse, wonach die Verstromungsbeihilfen für die deutsche Steinkohle bis spätestens 1993 abgebaut sein sollen.

Mit ihrem Verzicht auf die Anfechtungsklage gegen diese Entscheidung der EG-Kommission hat die Bundesregierung in Richtung Brüssel das Signal gegeben, daß sie selbst nicht mehr länger an der Erfüllung des sogenannten „Jahrhundertvertrages“ (Verstromungsregelung für die deutsche Steinkohle) bis 1995 und schon gar nicht an eine Fortsetzung des Vertrages nach 1995 festzuhalten gedenkt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
an der Druckerei
Reinhold-Papier



Die Erwartung der Bundesregierung, daß in allernächster Zeit die Unternehmen des Steinkohlenbergbaus vor den Europäischen Gerichtshof ziehen und gegen die Entscheidungen der EG-Kommission klagen werden und die Bundesregierung sich gegebenenfalls einen Beitritt zu dieser Klage vorbehält - vager geht's nimmer -, hat nicht mehr als eine Feigenblatt-Funktion.

Was man in Brüssel durch die kreuz-und-quer-Verbindungen zwischen den Bürokratien im Bundeswirtschaftsministerium und der EG-Kommission schon längst wußte, weiß nun auch die deutsche Öffentlichkeit:

Die Bundesregierung will in dem zukünftigen Europa nicht mehr länger den Anspruch vertreten, daß die deutsche Steinkohle ein unverzichtbarer Bestandteil der nationalen Versorgungssicherheit bei der Deckung des Strombedarfs ist.

In Brüssel reifen also jetzt mit deutscher Regierungshilfe die seltsamen Blüten der EG-Bürokratie über eine am grünen Tisch entwickelte europäische Energiepolitik - ohne deutsche Steinkohle. Bonn leistet sich nicht mal mehr eine Klage und leistet auch keinen Widerstand. Brüsseler und Bonner Bürokratenherz, was willst du mehr?! Die deutsche Kohle siecht unaufhaltsam dahin und mit ihr die Montanregionen.

Mit dem Klage-Verzicht hat sich die Bundesregierung entgegen allen Warnungen nicht nur ihrer kohle- und energiepolitischen Handlungsfreiheit selbst beraubt; sie muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Bergleute hingehalten und ihr Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Kanzlerversprechen mißbraucht hat.

Wenn die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen geglaubt haben sollten, daß sie - aus welchen Gründen auch immer - den kohlepolitischen Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion nicht folgen könnten, so stellt sich dann aber die Frage, warum sie die konstruktiven und auch die Kernenergienutzung mit einschließenden Vorschlägen der IG Bergbau und Energie zur Kohlepolitik nicht als realistische Chance für eine Lösung der Probleme aufgegriffen hat? Damit wurde die von staatspolitischer Gesamtverantwortung geprägte Bergarbeitergewerkschaft in unerträglicher Weise desavouiert. Niemand darf deshalb überrascht sein, wenn die arrogante Ignoranz der Regierenden zur provokanten Militanz der Regierten führt. Heiße Sommer sind nicht nur eine Frage des Kalenders.

(-/8.5.1989/rs/ks)

* * *

Bayerische Gewerkschafter und SPD wenden sich gegen Rentenreformkompromiß

Zum Ergebnis von Regionalkonferenzen der SPD und des DGB

Von Wolfgang Sieler MdB

Vorstandsmitglied der bayerischen SPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Der von der CDU/CSU-FDP-Koalition und der SPD ausgehandelte Rentenreformkompromiß ist für viele DGB-Kreisvorsitzende und Gewerkschafter der im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften in Bayern in einigen Punkten noch nicht akzeptabel.

Dies ist das zentrale Ergebnis der diesjährigen Regionalkonferenzen von DGB-Gewerkschaften und der Landesgruppe bayerischer SPD-Bundestagsabgeordneter in den südbayerischen Regierungsbezirken Schwaben, Ober- und Niederbayern.

Trotz der Anerkennung für die Verhandlungsleistung der SPD, die, so ein Gewerkschaftsfunktionär „dem ursprünglichen Regierungsentwurf die meisten Giftzähne gezogen hat“ - genannt wurden vor allem der höhere Bundeszuschuß zur Rentenfinanzierung und die wesentlichen Verbesserungen für Frauen über die erzielte Regelung beitragsfreier Zeiten und den Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen - blieben erhebliche Vorbehalte gegen die geplante Heraufsetzung der Lebensaltersgrenzen und das völlige Fehlen einer sogenannten Wertschöpfungsabgabe.

Die bayerische SPD-Landesgruppe sieht daher ihre bisher vorgebrachten Vorbehalte bestätigt. Auch das Abstimmungsergebnis des diesjährigen Landesparteitags, wonach die bayerische SPD die Heraufsetzung der Altersgrenzen ablehnt, liegt im Basistrend. Es ist absolut unsinnig, bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage eine Heraufsetzung der Altersgrenzen für den Renteneintritt zu beschließen - von dem grundsätzlichen Ziel sozialdemokratischer Politik, das im Gegenteil auf eine Herabsetzung der Altersgrenzen abzielt, einmal abgesehen.

Eine in der Zukunft für alle tragbare Rentenfinanzierung muß auch eine Wertschöpfungsabgabe als drittes Standbein enthalten.

Der Gedanke einer Wertschöpfungsabgabe (früher auch als Maschinensteuer bezeichnet) beruht auf der Forderung, daß Industriezweige, die in hohem Maße über Automatisierung rationalisieren und somit mit immer weniger Personal auskommen, einen eigenständigen Beitrag zur Rentenfinanzierung leisten sollen.

Dies könnte zusätzlich auch personalintensive Bereiche, wie den Dienstleistungssektor, entlasten, da die Rentenversicherungsbeiträge stabilisiert würden.

Es geht nicht an, daß sich ganze Industriezweige über fortschreitende Rationalisierung und Technisierung aus der Mitfinanzierung der Renten herausmanövrieren und zum Beispiel der personalintensive Dienstleistungsbereich die dadurch zusätzlich entstehenden Lasten auffangen muß. Außerdem darf der derzeitige Modus einer 50 Prozent-Aufteilung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil nicht dogmatisch behandelt werden. Mittelfristig muß auch ein höherer Arbeitgeberanteil, zumindest in hochtechnisierten Branchen, ins Auge gefaßt werden.

(-/8.5.1989/rs/ks)

* * *

Gemeinsam gegen den Rechtsradikalismus vorgehen

Zur Aufgabe von SPD und Gewerkschaften, das Übel an der Wurzel zu packen

Von Rolf Hofmann

Vorsitzender des Zentralen Betriebsgruppenausschusses Eisenbahn in der AfA

Die Stimmenzuwächse für die rechtsextremen Parteien bei den Wahlen in Berlin und Hessen sind ein Warnzeichen für die demokratischen Parteien der Bundesrepublik. Nach den vorliegenden Wahluntersuchungen stammen die Stimmen für die rechtsextremen Parteien vor allem von Wählern, die soziale Deklassierung befürchten oder gegen konkrete soziale Mißstände protestieren wollten.

Die politische Verantwortung für diese Entwicklung liegt bei den Unionsparteien und der von ihnen geführten Regierung. Mit ihrer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat die Bundesregierung selbst den Nährboden geschaffen für das Erstarken rechtsradikaler Kräfte: Durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut und neue Wohnungsnot ist seit Jahren sozialer Sprengstoff entstanden. Um den neuen Rechtsradikalismus an der Wurzel zu bekämpfen, sind energische und koordinierte Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung der Armut vordringlich. Die SPD-Forderung nach einem Beschäftigungs- und Investitionsprogramm ist nach wie vor aktuell.

Sozialdemokraten müssen, gemeinsam mit den Gewerkschaften, gegen den neuen Rechtsradikalismus angehen.

Das bedeutet:

1. Die SPD muß ihren Standpunkt in der Aussiedler-, Ausländer- und Asylantenpolitik offensiv vertreten. Dazu gehören die Unantastbarkeit des Grundrechts auf politisches Asyl, das Grundrecht für Menschen deutscher Herkunft auf die deutsche Staatsbürgerschaft und die Gleichbehandlung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien mit Deutschen. Auf der Tagesordnung steht die Verwirklichung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer.
2. Sozialdemokraten treten für die konsequente Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Beseitigung zunehmender Wohnungsnot und die Verwirklichung menschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen ein.

3. Die sozialdemokratischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner fordern darüber hinaus eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik, die Verwirklichung eines umfassenden Reformkonzepts zur Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Deutschen Bundesbahn sowie eine europäische Verkehrspolitik, die gleiche Startchancen für die einzelnen Verkehrsträger bei der geplanten Liberalisierung der europäischen Verkehrsmärkte schafft und bei der die Eisenbahnen nicht benachteiligt werden.

4. Die soziale Verwurzelung der Partei in der Arbeitnehmerschaft und ihre Orientierung an der sozialen Wirklichkeit, das heißt an den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen ist und bleibt die Voraussetzung für die politische Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie. Die Vertrauensarbeit in Betrieben, Verwaltungen und in Wohngebieten muß erheblich verstärkt werden. Die sozialdemokratische Betriebsorganisation bildet die unmittelbare Verbindung zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft. Sie bedarf jedoch einer nachhaltigen Unterstützung durch die Partei auf allen Ebenen.

5. Die SPD muß nicht nur Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen, sie muß sie auch mit ihnen machen. Untersuchungen über die Zusammensetzung und Strukturen der Partei und der Parlamente zeigen, daß die betriebstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich jener aus öffentlichen Dienstleistungsbereichen wie Bahn, Post und so weiter in den politischen Gremien in besorgniserregender Weise unterrepräsentiert sind. Das führt nicht nur zu politischen und gesellschaftlichen Benachteiligungen, sondern auch zu Entfremdung von großen Bevölkerungsschichten. Unsere Forderung heißt deshalb: Chancengleichheit und Mitbestimmung für betriebstätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Politik.

Die sozialdemokratischen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner werden auch künftig ihren Beitrag leisten, damit die SPD erneut zur bestimmenden politischen Kraft in der Bundesrepublik wird und die Interessen der arbeitenden Menschen wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden.

(-/8.5.1989/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Rudolf Dreßler: Was das Teilen angeht

Zur Frage des „Teilens“ zugunsten Arbeitsloser und sozial Benachteiligter sprach der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Rudolf Dreßler, am Wochenende vor der Bundeskonferenz der Falken in Darmstadt. Auszüge daraus nachstehend im Wortlaut.

Tatsächlich müssen wir die Verteilungsfrage wieder mehr in den Vordergrund stellen. Dabei kann es nicht darum gehen, das unter den Erwerbspersonen und denen, die arbeiten wollen, zu verteilen, was Unternehmen übrigzulassen gedenken.

Es geht um einen Verteilungskampf. So war das schon bei den ersten Auseinandersetzungen um die Wochenarbeitszeitverkürzung.

In dieser Frage haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Etappensieg erreicht. Aber generell ist der materielle Verteilungskampf in dieser Republik in den vergangenen Jahren zugunsten der Kapitaleseite ausgegangen. Das ist wichtig zu beachten, wenn wir über „Teilen“, „Neubewerten und Erwerbsarbeit“ und ähnlich wohlklingende Parolen diskutieren.

Was das Teilen angeht: Seit 1982 ist der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen von 66,3 Prozent um acht Prozent auf 58,3 Prozent gesunken. Das ist der niedrigste Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen seit 1950. Gleichzeitig stieg der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am gesamten Netto-Einkommen von 33,7 Prozent um die entsprechenden acht Prozentpunkte auf 41,7 Prozent an.

Was die Solidarität der Arbeitnehmerschaft zugunsten der sozialen Absicherung anderer angeht: Vom Zuwachs ihres Bruttoeinkommens von 180 Milliarden Mark zwischen 1982 und 1987 blieben den Arbeitnehmern nach Abzug von 62 Prozent an Steuern und Sozialabgaben 68 Milliarden Mark. Im gleichen Zeitraum wurden Unternehmern und Vermögensbesitzern von einem Einkommenszuwachs von 167,5 Milliarden Mark nur 4,9 Prozent, also 8,2 Milliarden Mark, abgezogen. Die Unternehmer erzielten allein 1988 Gewinne in Höhe von 433 Milliarden Mark, fast zehn Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Vom Nettozuwachs zwischen 1982 und 1987, der fast 160 Milliarden Mark betrug, wanderten 92 Milliarden Mark in Form von Wertpapiieranlagen und Ähnlichem ins Ausland.

Wer angesichts dieser Zahlen noch immer von den Arbeitsplatzbesitzern spricht, die zugunsten der Arbeitslosen auf etwas verzichten sollen, hat nicht erkannt, wohin die gesellschaftspolitische Reise in dieser Republik gegangen ist und geht.

(-/8.5.1989/rs/ks)